Nummer 176

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 200 Mk. 68. Jahrgang Dienstag, 17. April 1923

Als Beilagen erscheinen: Der tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, Ziehungslisten der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt

Telegr.-Adr.: „Börsenkrone" | für Manuskr. übern. der Verlag keine Verantwortung | u. Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten | Unverl. eingel. Manuskr. ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Fernsprecher: Handel Zentrum 8669, Politik, Kunst, Lokales Zentrum 243, Expedition Zentrum 12352, Druckerei 2488 | Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37 | Fernsprecher: Handel Zentrum 8669, Politik, Kunst, Lokales Zentrum 243, Expedition Zentrum 12352, Druckerei 2488

Anzeigen-Preis: Die 12gespalt. Zeile 1500 Mk., Reklameteil 6000 Mk., Stellungsuchende 500 Mk. Bezugs-Preis freibleibend: für Monat April 9000 Mk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal, Bestellungen werden bei sämtlichen Zeitungsspediteuren, unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Für das Ausland ist der Bezug nur unter Streifband zulässig. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1923 für Amerika 4 Dollar, Frankreich 45 frans. Francs, Belgien 45 belg. Francs, Schweiz 20 schweiz. Francs, Holland 10 holl. Gulden, Dänemark 20 dän. Kronen, Schweden 15 schwed. Kronen, Norwegen 20 norw. Kronen, England 20 Schilling, Italien 90 Lire, Rumänien 500 rum. Lei, Spanien 25 span. Pesetas, Finnland 150 finn. Mark, Tschechoslowakei 125 tschech. Kronen, ferner für Oesterreich-Ungarn 45000 Mark und Polen 48 000 Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben keiner Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

ERICH MEYERFELD
BERLIN
BEHRENSTR. 55/56
GRUNDSTÜCKE

Gegen Frankreichs Programm der Panik.

Dr. v. Rosenberg über Reparationen und Sicherungen.

334. Sitzung des Deutschen Reichstages, Montag, 16. April.

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Cuno, Außenminister v. Rosenberg, Wirtschaftsminister Dr. Becker, Justizminister Dr. Heinze, Arbeitsminister Dr. Brauns und die anderen Mitglieder des Kabinetts.

Die Tribünen sind sehr stark besetzt; in der Diplomatenloge wohnen die Vertreter fremder Staaten den Verhandlungen bei.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr.

Ein Antrag des Abg. v. Graefe (dt.-völk.) wegen der Beschränkung der persönlichen Freiheit von Abgeordneten wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung des provisorischen Handelsübereinkommens mit Spanien, das bis zum 30. April dauern soll. Der Auswärtige Ausschuß schlägt vor, die Reichsregierung zu ermächtigen, nötigenfalls die Gültigkeitsdauer des Übereinkommens um höchstens zwei Monate zu verlängern.

Das Uebereinkommen wird nach kurzem Bericht des Abg. Dr. Hoetzsch (Dnat.) in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Haushaltsplan des Auswärtigen Amtes.

Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Lesung des Haushaltsplanes des Auswärtigen Amtes. Mit der Beratung verbunden werden Interpellationen Hergt (Dnat.), v. Schoch (DVp.) und Koch-Weser (Dem.) betreffend Veröffentlichung des Materials zur Aufklärung der Schuldfrage am Weltkriege, ferner eine weitere Interpellation Hergt (Dnat.) betreffend Außenkontrolle durch die Interalliierte Militärkontrollkommission.

Abg. Dr. Foerster (Dnat.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Das Auswärtige Amt soll noch den Wünschen des Ausschusses eine möglichst sparsam wirtschaftende, gut funktionierende Behörde in der Hand des Außenministers sein. Das soll erreicht werden durch Ersparnisse im Betriebe, durch Umorganisation des Amtes und der auswärtigen Missionen und durch eine zweckmäßige Ausbildung der Anwärter des diplomatischen Dienstes. Ausschuß und Regierung haben sich dahin geeinigt, daß der Teil des Etats, der in ausländischer Währung läuft, künftig auf der Goldbasis aufgestellt wird.

Reichsminister des Aeußern Dr. v. Rosenberg:

Dem Wunsche des Herrn Berichterstatters, daß zwischen diesem Hohen Hause und dem Auswärtigen Amt ein Verhältnis rückhaltlosen Vertrauens herrschen möchte, kann ich nur aus ganzem Herzen zustimmen. Gerade in Zeiten, wie wir sie heute erleben, kommt es uns vom Auswärtigen Amt doppelt klar zum Bewußtsein, daß wir ohne eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den berufenen Vertretern des Volkes wenig ausrichten können. Nur dann hat unsere Arbeit einen Sinn und unsere Stimme Gewicht, wenn hinter uns das Volk und seine Vertretung steht. Was an mir liegt, werde ich tun, um diese wichtigste Voraussetzung mitbringender Arbeit, das vertrauensvolle Verhältnis zum Parlament, zu pflegen und auszubauen. Auch der weiteren Forderung des Herrn Berichterstatters, daß der Apparat des auswärtigen Dienstes in der Zentrale sowohl wie draußen im Auslande auf das gar Verwaltigung der Arbeit unentbehrliche Minimum beschränkt werden muß, pflichte ich aus voller Ueberzeugung bei. Es ist richtig, daß die finanzielle Lage des Reiches nicht der einzige Grund ist, der zu einer solchen Beschränkung drängt. Wenn das Auswärtige Amt mit den auswärtigen Vertretungen das rasch und sicher arbeitende Instrument sein soll, das für die Führung der auswärtigen Geschäfte nötig ist, so muß der Aufbau der Organisation geschickt, straff und einfach sein. Auch für uns gilt das Gesetz, daß Qualität wichtiger ist als Quantität. An dieses Hohe Haus darf ich die Bitte richten, mich bei den Maßnahmen, die für die Gewinnung und die Sicherung der Qualität notwendig sind, weiter wie bisher zu unterstützen. Was die übrigen Anregungen des Herrn Berichterstatters anlangt, so darf ich mir für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten, darauf einzugehen. Für jetzt nur einige Worte zur auswärtigen Lage.

Der Ausgang des Weltkrieges, die Lasten, die er uns aufbürdet, und die Fülle schier unlösbarer Probleme, die er uns stellt, drückt auf Deutschland mit einem Gewicht, dessen Schwere wir täglich als Staat wie als Einzelmenschen empfinden. Machten hier und da bescheidene Ansätze zur Entspannung wahrnehmbar gewesen sein, der Sorge um unser leidendes Volk, dem Wunsche nach endlicher Herstellung überseheerer normaler Verhältnisse wollte das Tempo der Entwicklung unerträglich langsam erscheinen. Wer die heimischen Dinge vom Auslande her und unter dem unmittelbaren Eindruck der fremden Umwelt, ihrer Anschauungen und Urteile zu verfolgen hatte, dem kam die ungeheure Schwierigkeit auch des kleinsten Fortschrittes in unseren auswärtigen Beziehungen deutlich zum Bewußtsein und gleichzeitig damit auch die Fülle redlicher und entsagungsvoller Arbeit, die von meinen Vorgängern an diesem Platze in dem bald vollendeten Fünfjahr der Nachkriegszeit zur Verbesserung unserer Stellung geleistet worden ist.

Wer auch immer an dieser Arbeit fortzubauen hat, der wird sich von der Illusion freihalten müssen, als beschäfen wir viele Freunde in der Welt. (Sehr richtig!) Den wenigen aber, die uns in den Stunden der Not treu geblieben sind, die uns ihre Sympathie auch in solchen Zeiten bekundet haben, zu Mut dazugehörte, sich dem einsamen und verfolgten Deutschland freundlich zu erweisen, ihnen darf ich auch in dieser Stunde ein Wort des Dankes zurufen. (Lebh. Beifall.) Wir hören ihre Stimme, Zuspruch und Kundgebungen des Verständnisses, auch in unserem gegenwärtigen harten Kampf und schöpfen daraus Stärkung und Ermunterung für unseren schweren Weg. Mit dankbarer Freude sehen wir überall im Auslande die Teilnahme der dort heimisch gewordenen Deutschen sich regen. (Beifall.) Ihre Anhänglichkeit an die alte Heimat, an die überlieferte Blutsgemeinschaft spricht sich in tätiger Hilfe aus, die Zeugnis ablegt von ihrem Glauben an eine Wiederaufrichtung Deutschlands auch unter veränderten staatlichen Formen. (Beifall.) Meine Damen und Herren! Der Glaube an Deutschland und an das deutsche Volk, der tief und unzerstörbar in unser aller Herzen wurzelt, er ist es, der uns die Kraft gab, waffenlos dem französischen Einbruch in das Ruhrgebiet entgegenzutreten. In klarer Erkenntnis dessen, was auf dem Spiele stand, hat unser Volk die stille Abwehr aufgenommen. Und so rollt sich in den Rheinlanden und in Westfalen ein Ringen ab, der in der Geschichte ohne Beispiel ist. (Sehr richtig!) Ein starkes, mit allen Mitteln neuzeitlicher Kriegskunst ausgestattetes Heer kämpft gegen eine völlig entwaffnete, nur

mit der Macht einer Idee gerüstete Bevölkerung.

(Sehr wahr!) Zahlreich sind die Opfer, und täglich meldet der Drahtt Vorgänge, die uns ans Herz greifen. Wir alle stehen noch unter dem schmerzlichen Eindruck der Trauerfeier, die hier in diesem Raume vor einer Woche stattfand und die den Männern gewidmet war, die ihre Treue zum Vaterland mit dem Tode besiegelt haben. Aber hart und opferreich ist das Schicksal auch der Lebenden. Welche Trangt und welche Summe menschlicher Mühsal umschließt z. B. die Vertreibung unserer Eisenbahner (lebhafte Zustimmung), die zu Hunderten mit Weib und Kind aus Heim und Beruf verjagt werden und, der deutschen Sache zuliebe, alles standhaft und ohne Klage auf sich nehmen! (Lebhafter Beifall.) Der Ausgang des ungleichen Kampfes im Ruhrgebiet und im Rheinland wird von weitgeschichtlicher Tragweite sein. Gelänge es Frankreich, was nicht der Fall sein wird, die waffenlose Bevölkerung auf die Knie zu zwingen, so wäre der Militarismus für alle Zeiten Trumpf, und für den Gang der Weltpolitik wäre künftig nur noch die Zahl der Bajonette entscheidend. (Sehr wahr!) erweist sich aber der Waffenlose als unüberwindlich, so ist der Beweis erbracht, daß die Macht kriegerischer Rüstung und militärischer Gewalt ihre Grenzen hat (sehr richtig!), und daß **der auf Vernunft und Recht gestützte, geschlossene Wille eines Volkes mehr ist und stärker ist, als Tanks und Maschinengewehre.** (Lebhafte Beifall.)

Am Rhein und an der Ruhr wird nicht um Holz und Kohle, sondern um Fortschritt oder Rückgang des Rechts- und Friedensgedankens gerungen. (Sehr wahr!) Der Vertrag von Versailles verkolgt, wenn anders wir der feierlichen Verkündung seiner Eingangsworte glauben dürfen, das hehre Ziel, an die Stelle des Krieges einen festen, gerechten und dauerhaften Frieden treten zu lassen. Sein erster Teil ist dem Völkerbund gewidmet, auf dessen Programm seine Gründer die Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit geschrieben haben. Dem gleichen Zweck soll die allgemeine Abrüstung dienen, mit der zwar Deutschland den Anfang machen, die aber dann auch von der übrigen Welt durchgeführt werden sollte. Wenn dies der Geist und das Ziel des Vertrages von Versailles war, ist es da denkbar, daß dieser selbe Vertrag dem einen Kontrahenten, der seine Rüstung nicht verringert, sondern mit den modernsten technischen Errungenschaften die stärkste Kriegsmacht der Welt aufgebaut hat, das Recht geben sollte, mit großem Aufgebot mitten im Frieden in das Gebiet des tatsächlich entwaffneten anderen Kontrahenten einzubrechen (sehr gut!) und gegen den Nachbarn eine Aktion zu unternehmen, die nur dahin sich vom regelrechten Kriege unterscheidet, daß der Gewalt keine Gewalt entgegentrat? Wäre das wirklich der Sinn des Dokuments von Versailles, gäbe das Dokument wirklich solche Rechte, so würde das darauf hinauslaufen, daß zwar der Krieg auf der ganzen Linie verpönt, daß er auch zum Schutz der höchsten Güter der Nation, der Menschheit und der Kultur nicht das primäre Mittel sein soll, daß er aber in einem einzigen Falle ohne weiteres stattfindt ist: nämlich, wenn es sich darum handelt, Schulden einzutreiben (sehr wahr!) und noch dazu Schulden, von denen das Reparationskapitel des Versailler Vertrages sagt, daß sie im Geiste der Gerechtigkeit und der Billigkeit und nach Treu und Glauben geregelt werden sollen. (Heiterkeit.) Unser eigenes Ziel in diesem Ringen ist ein reines Verteidigungsziel und hat nichts aggressives. (Sehr wahr!) Darum sind auch **unsere Abwehrmaßnahmen rein defensiv. Kraft und Erfolg unserer Abwehr hängt davon ab, daß es so bleibt.** (Sehr gut!) Daher die immer wiederholte Mahnung der Regierung zur Selbstbeherrschung und Besonnenheit. (Sehr richtig!) Was wir wollen, ist,

durch Standhaftigkeit zur Freiheit

gelangen, zu einer Freiheit, die schwer belastet sein wird mit Leistungen, mit Leistungen, die bis an die Grenze unserer Kraft gehen, an deren Erfüllbarkeit aber das deutsche Volk glauben muß, um sie erfüllen zu können. (Sehr gut!) Daß kein Zitat den Glauben an die Erfüllbarkeit ersetzen kann, hat die Vergangenheit zum Schaden aller Beteiligten gelehrt. (Sehr richtig!) Auch darüber sollte nach dem Verlaufe der französischen Aktion nirgends mehr ein Zweifel sein, daß Probleme, die neben der politischen auch eine wirtschaftliche und physiologische Seite haben, mit Gewalt nicht zu lösen sind. Der Einbruch Frankreichs hat die Rückkehr zum wahren Frieden gestört und den Wiederaufbau der zertrümmerten Weltwirtschaft verzögert, und er hindert Deutschland, an dem Wiederaufbau mitzuarbeiten, wie es wollens war und wollens ist. Frankreich hört nicht auf, vom **bösen Willen Deutschlands** zu sprechen. Wer den Anderen bösen Willens zeiht, nimmt für sich selbst den guten Willen in Anspruch. Welche Erfahrungen wir damit in den letzten fünf Monaten gemacht haben, darf ich dem Hohen Hause kurz ins Gedächtnis zurückrufen. Als die gegenwärtige Regierung ihr Amt antrat, fand sie das noch unerledigte **Moratoriumsgesuch** vom 14. November 1922 vor. Die frühere Regierung hatte darin zwar unsere Zahlungsunfähigkeit festgestellt, um einen Zahlungsaufschub von uns zu erlangen, aber sie hatte die Notwendigkeit einer endgültigen Regelung unserer Zahlungsverpflichtungen betont, hatte aber trotz unserer beinahe verzweifelten Lage namhafte Sachlieferungen und die Genehmigung unserer Finanzen zugestagt. Die jetzige Regierung zögerte nicht, sich die Note vom 14. November zu eigen zu machen und sie durch praktische **Ergänzungsvorschläge** auszubauen, die der Herr **Reichskanzler in seinem Brief an den Ministerpräsidenten Baldwin** vom den am 9. Dezember in London zusammentretenden alliierten Regierungschefs unterbreitet. Die Zusagen vom 14. November wurden dahin erweitert, daß für die nächsten Jahre außer Sachlieferungen auch **Barzahlung aus ausländischen und inländischen Anleihen** gegen gesicherte und die Mark stabilisierung auch ohne äußere **Kontrolle in Aussicht** genommen werden sollte. Der Vorschlag **sollte** die Brücke zu einer endgültigen Lösung schlagen. Er **wurde** abgelehnt. Wir haben uns darüber klar, daß **Frankreich nicht nur Geld, sondern auch wirtschaftliche Vergünstigungen für seine Industrie und gewisse Sicherheiten gegen vermeintliche deutsche Gefahren haben wollte.** Da der finanzielle Versuch, zur Verständigung zu gelangen, gescheitert war, beschlossen wir, es nunmehr auf wirtschaftlichem und politischem Wege zu versuchen, so entstand der **Vorschlag, daß die am Rhein interessierten Staaten sich zu treuen Händen Amerikas gegenseitig verpflichten sollten,** für einen längeren Zeitraum **ohne Rückgriff keinen Krieg gegeneinander zu führen. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt.** (Hört! Hört!) Den wirtschaftlichen Wünschen Frankreichs suchten wir dadurch zu entsprechen, daß wir in Anknüpfung an bereits von der früheren Regierung eingeleitete Schritte Herrn Poincaré die Entsendung von drei deutschen Wirtschaftsführern vorschlugen, die mit Frankreich im Einvernehmen mit seinen Verbündeten eine wirtschaftliche Cooperation der beteiligten Industrien auf breiter Grundlage anbahnen sollten. Der Vorschlag wurde **abgelehnt.** (Hört! Hört!) Für die **ersten Konzessionen** hatten die interalliierten Ministerpräsidenten die Fortsetzung ihrer Londoner Besprechungen in Paris vorgesehen. In engster Fühlung mit maßgebenden Hellenen des Wirtschaftslebens suchte die Reichsregierung ein Bild von der deutschen Leistungsfähigkeit und den **Sicherheiten** zu gewinnen, wie die wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte des Landes für die endgültige Lösung des Reparationsproblems nutzbar gemacht werden könnten. Das Ergebnis war ein **Plan für die Ablösung sämtlicher Deutschland noch obliegenden Leistungsverpflichtungen,** dessen leitende Gedanken der Herr Reichskanzler in seiner Hamburger Rede vom 31. Dezember bekanntgab, und zu dessen Unterstützung, wie der Reichskanzler damals hervorhob, alle wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands, auch die Industrie und die Banken, entschlossen waren. Wir haben die Alliierten, einem Vertreter der Reichsregierung Gelegenheit zu geben, der Pariser der Reichsregierung Gelegenheit zu geben, der Pariser zu erläutern. **Das Ansuchen wurde keiner Antwort gewürdigt.** (Hört! Hört!) So, meine Damen und Herren, sieht der böse Wille Deutschlands und der gute Wille Frankreichs aus! (Lebh. Hört! Hört!)

Das Pariser Angebot.

Ohne Zutun der Reichsregierung sind inzwischen auch die Zahlen bekannt geworden, die wir damals in Paris anbieten wollten. Es handelte sich um ein **festes Angebot von 20 Milliarden Goldmark,** zu 5 Prozent verzinslich und auch Möglichkeit im Wege einer internationalen Anleihe aufzubringen und diese 20 Milliarden sollten sich nach 4 und 8 Jahren um je 5 Milliarden **zusammen 30 Milliarden erhöhen,** wenn das internationale Anleihebedürfnis die Leistungsfähigkeit

„Verhandlungen oder nicht?"

Von

Paul Steinborn.

Die gestrige Rede des Außenministers Dr. v. Rosenberg vermittelte den erfreulichen Eindruck, daß man in ihm einen Mann und Politiker sehen darf, der das ihm anvertraute Tätigkeitsfeld überblickt. Insoweit durch Worte in gegenwärtigen Augenblick überhaupt irgend etwas getan werden kann, konnte man mit Befriedigung feststellen, daß Herr v. Rosenberg die Frage „Verhandlungen oder nicht?" entschieden, klar und doch auch mit der Bedachtsamkeit erörterte, die trotz dem „Vorwärts" zur Stunde noch immer geboten ist. Der deutsche Außenminister hat deshalb in vollster Uebereinstimmung mit sämtlichen bürgerlichen Parteien darauf verzichtet, mit einem neuen zahlenmäßigen Angebot hervorzutreten, aber der positive Wert seiner in diesem Punkt also negativen Ausführungen besteht eben darin, daß er in übergeugendster Form darlegt, weshalb er die Unterlassung wollag. Herr v. Rosenberg hat den Weg, der zum Verhandlungstisch führt, genau gezeigt. Er hat auch den Nebenen eines etwaigen neuen deutschen Reparationsvorschlages so eingehend umrissen, daß es dem Auslande eigentlich gar nicht mehr schwer fallen kann, die fehlende Endsumme selber hineinzusetzen. Und vielleicht bringt der heutige Tag dem Abg. Müller-Franken, der den guten Willen und die Bejahigung der Gegenseite zu solcher Berechnung, gleich dem „Vorwärts", zu Protokoll schien, in dieser Richtung noch näheren Anhalt. Bekanntlich hat der Abg. Dr. Stresemann sich in der letzten Zeit in dankenswerter Weise um die Besserung der internationalen Atmosphäre bemüht. Er spricht heute an erster Stelle und die ferne wollte wissen, daß er die noigedrungen unvollständigen Darlegungen Herrn v. Rosenbergs in dem entscheidenden Punkte noch ergänzen werde. Das wird gegebenenfalls bestogen denkbar sein, weil dieser das zur Erörterung stehende Problem restlos klargestellt hat. Er sagte erstens, zweitens, drittens, daß Deutschland zahlen will, daß das Wie in internationalen Beckandlungen festgestellt werden muß, daß die „etappenweise" Räumung unannehmbar ist, und schließlich und letztens, daß das Abmindest deutsch ist und bleibt. Herr v. Rosenberg ging sogar zwecks Förderung der Diskussion so weit (für unser Gefühl fast zu weit), daß er andeutete, eine künftige Lösung werde wan unseren Pariser Vorschlag ihren Ausgang nehmen müssen. Wir wissen nicht, ob dieser Passus nicht bemerkt worden ist, jedenfalls hat der Abg. Hoetzsch, der für die Deutschnationalen sprach, darauf nicht zurückgegriffen oder sich an die andere Feststellung des Ministers gehalten, daß die Errechnung einer Endsumme unmöglich ist, weil noch gar nicht zu übersehen sei, wieviel von der deutschen Wirtschaft noch übrig ist, wenn die Franzosen das Ruhrgebiet geräumt haben werden. Ein Beweis für die unangreifbare Klarheit der Rosenbergschen Rede war, in Parenthese, die Tatsache, daß gestern die Kommunisten nicht ein einziges Mal mit törichten Zwischenrufen arbeiten

Militarismus für alle Zeiten Trumpf, und für den Gang der Weltpolitik wäre künftig nur noch die Zahl der Bajonette entscheidend. (Sehr wahr!) erweist sich aber der Waffenlose als unüberwindlich, so ist der Beweis erbracht, daß die Macht kriegerischer Rüstung und militärischer Gewalt ihre Grenzen hat (sehr richtig!), und daß **der auf Vernunft und Recht gestützte, geschlossene Wille eines Volkes mehr ist und stärker ist, als Tanks und Maschinengewehre.** (Lebhafte Beifall.)

Am Rhein und an der Ruhr wird nicht um Holz und Kohle, sondern um Fortschritt oder Rückgang des Rechts- und Friedensgedankens gerungen. (Sehr wahr!) Der Vertrag von Versailles verfolgt, wenn anders wir der feierlichen Verkündung seiner Eingangsworte glauben dürfen, das hehre Ziel, an die Stelle des Krieges einen festen, gerechten und dauerhaften Frieden treten zu lassen. Sein erster Teil ist dem Völkerbund gewidmet, auf dessen Programm seine Gründer die Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit geschrieben haben. Dem gleichen Zweck soll die allgemeine Abrüstung dienen, mit der zwar Deutschland den Anfang machen, die aber dann auch von der übrigen Welt durchgeführt werden sollte. Wenn dies der Geist und das Ziel des Vertrages von Versailles war, ist es da denkbar, daß dieser selbe Vertrag dem einen Kontrahenten, der seine Rüstung nicht verringert, sondern mit den modernsten technischen Errungenschaften die stärkste Kriegsmacht der Welt aufgebaut hat, das Recht geben sollte, mit großem Aufgebot mitten im Frieden in das Gebiet des tatsächlich entwaffneten anderen Kontrahenten einzubrechen (sehr gut!) und gegen den Nachbarn eine Aktion zu unternehmen, die nur dahin sich vom regelrechten Kriege unterscheidet, daß der Gewalt keine Gewalt entgegentrat? Wäre das wirklich der Sinn des Dokuments von Versailles, gäbe das Dokument wirklich solche Rechte, so würde das darauf hinauslaufen, daß zwar der Krieg auf der ganzen Linie verpönt, daß er auch zum Schutz der höchsten Güter der Nation, der Menschheit und der Kultur nicht das primäre Mittel sein soll, daß er aber in einem einzigen Falle ohne weiteres stattfindt ist: nämlich, wenn es sich darum handelt, Schulden einzutreiben (sehr wahr!) und noch dazu Schulden, von denen das Reparationskapitel des Versailler Vertrages sagt, daß sie im Geiste der Gerechtigkeit und der Billigkeit und nach Treu und Glauben geregelt werden sollen. (Heiterkeit.) Unser eigenes Ziel in diesem Ringen ist ein reines Verteidigungsziel und hat nichts aggressives. (Sehr wahr!) Darum sind auch **unsere Abwehrmaßnahmen rein defensiv. Kraft und Erfolg unserer Abwehr hängt davon ab, daß es so bleibt.** (Sehr gut!) Daher die immer wiederholte Mahnung der Regierung zur Selbstbeherrschung und Besonnenheit. (Sehr richtig!) Was wir wollen, ist,

durch Standhaftigkeit zur Freiheit

gelangen, zu einer Freiheit, die schwer belastet sein wird mit Leistungen, mit Leistungen, die bis an die Grenze unserer Kraft gehen, an deren Erfüllbarkeit aber das deutsche Volk glauben muß, um sie erfüllen zu können. (Sehr gut!) Daß kein Zitat den Glauben an die Erfüllbarkeit ersetzen kann, hat die Vergangenheit zum Schaden aller Beteiligten gelehrt. (Sehr richtig!) Auch darüber sollte nach dem Verlaufe der französischen Aktion nirgends mehr ein Zweifel sein, daß Probleme, die neben der politischen auch eine wirtschaftliche und physiologische Seite haben, mit Gewalt nicht zu lösen sind. Der Einbruch Frankreichs hat die Rückkehr zum wahren Frieden gestört und den Wiederaufbau der zertrümmerten Weltwirtschaft verzögert, und er hindert Deutschland, an dem Wiederaufbau mitzuarbeiten, wie es wollens war und wollens ist. Frankreich hört nicht auf, vom **bösen Willen Deutschlands** zu sprechen. Wer den Anderen bösen Willens zeiht, nimmt für sich selbst den guten Willen in Anspruch. Welche Erfahrungen wir damit in den letzten fünf Monaten gemacht haben, darf ich dem Hohen Hause kurz ins Gedächtnis zurückrufen. Als die gegenwärtige Regierung ihr Amt antrat, fand sie das noch unerledigte **Moratoriumsgesuch** vom 14. November 1922 vor. Die frühere Regierung hatte darin zwar unsere Zahlungsunfähigkeit festgestellt, um einen Zahlungsaufschub von uns zu erlangen, aber sie hatte die Notwendigkeit einer endgültigen Regelung unserer Zahlungsverpflichtungen betont, hatte aber trotz unserer beinahe verzweifelten Lage namhafte Sachlieferungen und die Genehmigung unserer Finanzen zugestagt. Die jetzige Regierung zögerte nicht, sich die Note vom 14. November zu eigen zu machen und sie durch praktische **Ergänzungsvorschläge** auszubauen, die der Herr **Reichskanzler in seinem Brief an den Ministerpräsidenten Baldwin** vom den am 9. Dezember in London zusammentretenden alliierten Regierungschefs unterbreitet. Die Zusagen vom 14. November wurden dahin erweitert, daß für die nächsten Jahre außer Sachlieferungen auch **Barzahlung aus ausländischen und inländischen Anleihen** gegen gesicherte und die Markstabilisierung auch ohne äußere **Kontrolle in Aussicht** genommen werden sollte. Der Vorschlag **sollte** die Brücke zu einer endgültigen Lösung schlagen. Er **wurde** abgelehnt. Wir haben uns darüber klar, daß **Frankreich nicht nur Geld, sondern auch wirtschaftliche Vergünstigungen für seine Industrie und gewisse Sicherheiten gegen vermeintliche deutsche Gefahren haben wollte.** Da der finanzielle Versuch, zur Verständigung zu gelangen, gescheitert war, beschlossen wir, es nunmehr auf wirtschaftlichem und politischem Wege zu versuchen, so entstand der **Vorschlag, daß die am Rhein interessierten Staaten sich zu treuen Händen Amerikas gegenseitig verpflichten sollten,** für einen längeren Zeitraum **ohne Rückgriff keinen Krieg gegeneinander zu führen. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt.** (Hört! Hört!) Den wirtschaftlichen Wünschen Frankreichs suchten wir dadurch zu entsprechen, daß wir in Anknüpfung an bereits von der früheren Regierung eingeleitete Schritte Herrn Poincaré die Entsendung von drei deutschen Wirtschaftsführern vorschlugen, die mit Frankreich im Einvernehmen mit seinen Verbündeten eine wirtschaftliche Cooperation der beteiligten Industrien auf breiter Grundlage anbahnen sollten. Der Vorschlag wurde **abgelehnt.** (Hört! Hört!) Für die **ersten Konzessionen** hatten die interalliierten Ministerpräsidenten die Fortsetzung ihrer Londoner Besprechungen in Paris vorgesehen. In engster Fühlung mit maßgebenden Hellenen des Wirtschaftslebens suchte die Reichsregierung ein Bild von der deutschen Leistungsfähigkeit und den **Sicherheiten** zu gewinnen, wie die wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte des Landes für die endgültige Lösung des Reparationsproblems nutzbar gemacht werden könnten. Das Ergebnis war ein **Plan für die Ablösung sämtlicher Deutschland noch obliegenden Leistungsverpflichtungen,** dessen leitende Gedanken der Herr Reichskanzler in seiner Hamburger Rede vom 31. Dezember bekanntgab, und zu dessen Unterstützung, wie der Reichskanzler damals hervorhob, alle wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands, auch die Industrie und die Banken, entschlossen waren. Wir haben die Alliierten, einem Vertreter der Reichsregierung Gelegenheit zu geben, der Pariser der Reichsregierung Gelegenheit zu geben, der Pariser zu erläutern. **Das Ansuchen wurde keiner Antwort gewürdigt.** (Hört! Hört!) So, meine Damen und Herren, sieht der böse Wille Deutschlands und der gute Wille Frankreichs aus! (Lebh. Hört! Hört!)

Das Pariser Angebot.

Ohne Zutun der Reichsregierung sind inzwischen auch die Zahlen bekannt geworden, die wir damals in Paris anbieten wollten. Es handelte sich um ein **festes Angebot von 20 Milliarden Goldmark,** zu 5 Prozent verzinslich und auch Möglichkeit im Wege einer internationalen Anleihe aufzubringen und diese 20 Milliarden sollten sich nach 4 und 8 Jahren um je 5 Milliarden **zusammen 30 Milliarden erhöhen,** wenn das internationale Anleihebedürfnis die Leistungsfähigkeit